

Kontakt:
Klaus-Peter Voigt
Wohnstrasse x
2453X Neumünster

Telefon: 0157 3329 5003

e-mail: info@bfb-nms.de

home: www.bfb-nms.de

Neumünster, 6. Januar 2016

Pressemitteilung

Noch mehr Zuwanderer oder Quo vadis Neumünster?

Schon in unserer Presseerklärung vom 28. November haben wir uns besorgt über die Pläne der Landesregierung zur Änderung der Landesaufnahmeverordnung geäußert. Neumünster soll ab Oktober 2016 ca. 3% (1800 von ca. 60.000 in 2015) der in Schleswig-Holstein angekommenen „Zuwanderer“ aufnehmen. Wir haben auch geschrieben, dass die Zuweisung der Menschen, die zu uns kommen, für alle auf zumutbare Weise geschehen muss!

In der Silvesternacht hat es in mehreren Städten Angriffe auf Frauen gegeben. Sie wurden bestohlen, belästigt und bedrängt. Die Behörden waren mal wieder völlig überrascht. Aufschrei 2016? Eher Aufschrei 0.0 – kein Aufschrei, nirgends. Der Grund ist einfach: Es waren wohl die falschen Täter. Laut Augenzeugenberichten und Zeugenaussagen der betroffenen Opfer, waren es nämlich arabisch aussehende Männer, die Polizei selbst sprach von nordafrikanisch aussehenden Männern. Nach unserer Einschätzung sind diese Jugendlichen das triste Produkt einer gescheiterten, nie wirklich angestrebten Integration. Sie sind das Ergebnis einer falschen Toleranz in der die „Zuwanderer“ nur Rechte haben und eine Bringschuld nicht zwingend eingefordert wird.

Daher müssen diese Fragen erlaubt sein: Kommen nach Neumünster nur Familien? Oder viele alleinstehende junge Männer und unbegleitete Minderjährige (MuFI)? Gerade bei den „MuFI“ sind die Kosten extrem hoch. So wird eine Summe von 25.000 € genannt, die allein für die Betreuung eines einzelnen Jugendlichen p. a. anfällt. Eine Ursache dafür ist der Umstand, dass die Betreuung eine extrem personalintensive Angelegenheit ist. Pro Fall sind über Sozialarbeiter, Therapeuten und Juristen bis zu sieben Fachleute involviert.

Wie alle wissen, überall fehlen Wohnungen, Kita- und Bildungseinrichtungen mit dem entspr. Personal - diese müssen erstmal geschaffen werden.

Die Zuweisungen vom Bund und Land waren bisher nicht ausreichend und werden es wohl auch künftig nicht sein. Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel (IfW) schätzt die jährlichen Kosten für eine Millionen Flüchtlinge allein in Deutschland auf 45 Milliarden Euro im Jahr. Im Asylsystem müssten also Jahr für Jahr locker 1 Millionen Menschen (2017 = 135 Mio. p.a.!!!) mehr versorgt werden.

Dass sich Einwanderung auch auf ökonomische Machbarkeiten beschränken sollte, tangiert die Berliner Politik allenfalls peripher.

So werden die Kommunen mal wieder allein gelassen. Hinzu kommt, EU-Ausländern steht nach sechs Monaten Aufenthalt in Deutschland eine Sozialhilfe-Summe in der Höhe des Hartz IV-Satzes zu. Das hat das Bundessozialgericht entschieden. Das Urteil versetzt nicht nur Städte und Landkreise in Aufregung.

Diese Entwicklung macht uns Angst. Wie soll die Zukunft unserer Stadt ohne finanziellen Spielraum gestaltet werden, wenn alle Mittel für die „Zuwanderer“ benötigt werden? Müssen die freiwilligen Leistungen unserer Stadt zusammengestrichen werden? Oder müssen Schulden a la Griechenland gemacht werden? Welche gesellschaftlichen Verwerfungen werden da auf uns zukommen?

So viel Stolpern und Versagen einer Regierung war nie. Nicht die Zuwanderer produzieren Angst und Unsicherheit – sondern eine Regierung ohne Konzept, Plan und Perspektive.

Die Wählergemeinschaft Bündnis für Bürger fordert daher folgende Maßnahmen ein:

- Eine vollständige Übernahme der finanziellen Verantwortung für die Dauer der Asylverfahren durch den Bund, da er die vollständige, rechtliche und organisatorische Verantwortung für die Ausgestaltung der Asylverfahren trägt.
- Die Finanzierung einer Stelle eines Asylkoordinators für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt. Dieser kann eine wertvolle Hilfe und Unterstützung bei der Förderung des ehrenamtlichen Engagements und der Ehrenamtlichen vor Ort sein.
- Eine zentrale Beratungsstelle des Bundes für die für die Unterbringung verantwortlichen Kommunen. Sie dürfen nicht allein gelassen werden mit der Masse an organisatorischen Fragen zur Unterbringung, bei schulischen Belangen und der Öffentlichkeitsarbeit.
- Geeignete Rahmenbedingungen zur Bildung und Betreuung junger Zuwanderer. Dazu sind Soziale Dienste und Bildungseinrichtungen, personell und finanziell besser auszustatten, damit vor Ort der Bedarf an Plätzen in Übergangsklassen sowie der Bedarf auch an Dolmetschern und Sozialpädagogen sichergestellt werden kann.
- Ein flächendeckendes Angebot (in allen Landkreisen und kreisfreien Städten) an Sprachkursen und Staatsbürgerkunde für alle Zuwanderer.
- Wir fordern die konsequente Anwendung des geltenden Asylrechts ein. Rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber müssen in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden, damit Kapazitäten für anerkannte Asylbewerber nicht blockiert werden.
- In die Unterkünfte und Wohnungen der Stadt Neumünster sollen nur anerkannte Asylbewerber einziehen.
- Wir fordern eine Haftpflichtversicherung für Asylbewerber. Die Gremien der Stadt Neumünster sollten entscheiden, für die uns zugewiesenen Asylbewerber eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Kosten dafür können abgearbeitet werden. Es geht dabei vor allem um den Schutz der einheimischen Bevölkerung und damit den sozialen Frieden. Wir sollten Konfliktpotenzial erst gar nicht entstehen lassen.